

überhaupt nicht beschickt worden, womit man, wie es hieß, ex ante auf mehr als 40 Goldmedaillen verzichtet habe. Verhältnismäßig dünn waren die Siege auch bei den Leichtathleten gesät.

Die chinesische Seite ist sich der Relativität von Siegen bei den Asienspielen wohl bewußt; gewonnen doch beispielsweise bei den XXIII. Olympischen Spielen in Los Angeles nur 4 der insgesamt 32 asiatischen Länder, die an den Spielen teilnahmen, Goldmedaillen und nur 8 Länder Silber- oder Bronzemedailles. In einigen wichtigen Disziplinen wie in der Leichtathletik und im Schwimmen konnte überhaupt kein Asiate Siege erringen, was dem Boden- und Bevölkerungsanteil Asiens an der Welt in keiner Weise entspricht. Die einzige wirklich einigermaßen erfolgreiche Mannschaft war damals China, das immerhin 15 Goldmedaillen errang.

Die XI. Asienspiele finden 1990 in Beijing statt. China will dabei noch erfolgreicher sein als bisher. Schon bei den X. Spielen war es mächtig stolz auf die Leistungen seiner Mannschaft; nationalistische Untertöne klangen bei der ungemein breiten Berichterstattung nicht selten durch, vor allem bei den harten Auseinandersetzungen mit Korea um die entscheidenden Plätze. Korea war ursprünglich unter der Parole angetreten: "China folgen, Japan überholen"; doch diesmal hätte es fast auch China überholt, wobei die südkoreanischen Erfolge im Tischtennis für die chinesische Seite besonders schmerzlich waren. Der chinesische Kommentar führt die Niederlage des chinesischen Vertreters Jiang Jialiang denn vor allem auch auf eine Fußverletzung zurück (XNA, 29.9.86).

Stolz zählte sich China mit zu den "großen Drei", die 80% der insgesamt 709 Gold-, Silber- und Bronzemedailles errungen hätten. Weit sei der Abstand gegenüber dem Vierten, nämlich dem Iran, der nur noch 17 Medaillen errungen habe, darunter 5 Siege (XNA, 6.10.86). Gleichsam besänftigend wird jedoch hinzugefügt, daß der Sieg der "drei Sportgiganten" für die anderen ein Ansporn sei, sich mehr anzustrengen und künftig aufzuschließen (XNA, 6.10.86). -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

* (7)

Die Stockholmer Abrüstungskonferenz - ein Schritt vorwärts im Ost-West-Dialog

Die Stockholmer Abrüstungskonferenz von 35 Nationen, die am 17. Januar 1984 begonnen hatte und am 19. September 1986 mit der Veröffentlichung eines Gemeinsamen Do-

kuments zu Ende ging (das Dokument ist abgedruckt in Nr. 110, S. 929 ff. im Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 28.9.86), hat nach chinesischer Meinung einen Abbau der Spannungen in Europa mit sich gebracht, wengleich man das Erreichte nicht überschätzen dürfe, da die beiden Supermächte immer noch weit von wesentlichen Abrüstungsvereinbarungen entfernt seien.

Immerhin liege ein Teilerfolg vor, der das Ergebnis von Zugeständnissen beider Seiten sei - der Sowjetunion wird hier also durchaus ein Bonus eingeräumt!

In zwei Punkten vor allem habe die Sowjetunion nachgegeben: Hatte sie vorher verlangt, daß sämtliche militärischen Luftwaffen- und Marineaktivitäten angekündigt werden müßten, so gab sie sich bei der 11. Sitzung in Stockholm damit zufrieden, daß sämtlich Bodenmanöver im voraus anzukündigen seien und daß über Luftwaffenmanöver erst auf der nächsten Sicherheitskonferenz beraten werden solle.

Ferner habe die Sowjetunion ihren Jahrzehnte alten Widerstand gegenüber den Forderungen der westlichen Länder nach Vor-Ort-Inspektionen aufgegeben und drei einschlägigen Inspektionsarten zugestimmt. Damit sei ein wichtiges Hindernis auf dem Wege zu einer Einigung bei der Stockholmer Konferenz beseitigt worden.

Die westlichen Länder hätten sich im Gegenzug ebenfalls flexibel gezeigt, indem sie das Kriterium für die Größenordnung solcher anmeldungspflichtiger Bodenmanöver von ursprünglich 6.000 Mann auf 13.000 Mann erhöhte. Ferner hätten die USA sich darauf eingelassen, bei den Vor-Ort-Inspektionen nicht partout die eigenen Flugzeuge zu verwenden, sondern sich auch mit den von der inspizierten Seite zur Verfügung gestellten Transportmitteln zu begnügen.

U.a. hätten die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich wichtige Vermittlungsfunktionen übernommen und dadurch zu konstruktiven Kompromissen zwischen den beiden Supermächten beigetragen (XNA, 22.9.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

* (8)

Deng zur Förderung der Jugend

In einem Gespräch mit dem 75jährigen amerikanischen Mathematiker Chern betonte Deng Xiaoping er-

neut, daß "das höchste Ziel der politischen Strukturreform Chinas in der Beförderung jüngerer Menschen auf verantwortungsvolle Positionen" bestehe. Ohne junge Menschen "gäbe es keinen Schwung". Das gelte nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wissenschaft. "Akademische Institutionen sollten junge Menschen befördern, um sich intellektuell selbst lebendig zu erhalten ... Sich nur auf die alten Genossen zu verlassen, reicht nicht aus."

Deng verwies darauf, daß die meisten Führer Chinas 1949 zum Zeitpunkt der Gründung der Volksrepublik in ihren vierziger Jahren waren. Es sei daher sinnvoll, heutzutage eine ähnliche Verjüngung zu erzielen. "Ich würde gerne Leute in den dreißiger und vierziger Lebensjahren sehen, die Verantwortung als Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftler und Experten für öffentliche Verwaltung übernehmen." Deng verwies auf seine eigene Person: "Ich war gerade 25 Jahre alt, als ich Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurde. Ich glaube, daß das recht ordentlich lief." Ältere Menschen sollten sich aus dem Berufsleben zurückziehen, um Jüngeren eine Chance zu geben. "Wir müssen den Mut aufbringen, junge Leute zu befördern, selbst wenn das zu Neid führt." Auch im Bereich der Wissenschaft "sollten wir unsere Politik klar machen und mutig genug sein, das Senioritätsprinzip zu durchbrechen" (XNA, 4.11.1986) -ma-

* (9)

Hu Yaobang-Interview

In einem längeren Gespräch mit einer Reportergruppe der Washington Post nahm Chinas Parteichef Hu Yaobang zu einer Reihe von außen- und innenpolitischen Fragen des Landes Stellung. Zur Frage des Generationenwechsels in der nationalen Führung meinte Hu, daß die Nachfolgeregelung für Partei- und Staatsführer auf dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei "in wirksamer Weise gelöst" werden soll. Insgesamt verlaufe der Reformkurs bisher "reibunglos und unaufhaltsam". Dennoch gäbe es eine Reihe von Schwierigkeiten. Widerstand komme zum Teil "von führenden Gruppen, denen es an Erfahrung fehlt und zum Teil von einer Minderheit von Leuten, die aus Gewohnheit überholte Ansichten vom Kleinproduzenten haben." Machtmißbrauch sei nicht mit der angestrebten "sozialistischen Demokratie und dem Rechtssystem" vereinbar. Um Machtmißbrauch einzuschränken, sei eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden. "Wir können nichts anderes tun, als hart zu arbeiten, um das Bild des Sozialismus wiederherzustellen."

Zur Führungsrolle Deng Xiaopings, die im Mittelpunkt der Fragen der amerikanischen Reporter stand, meinte Hu Yaobang:

"Genosse Deng Xiaoping ist ein Partei- und Staatsführer, der die größte Unterstützung der chinesischen Bevölkerung gefunden hat. Warum wird er vom chinesischen Volk so stark unterstützt? Aus meiner Sicht gibt es dafür zwei Gründe: 1. Aufgrund ihrer praktischen Lebenserfahrung während der letzten Jahrzehnte ist es den Chinesen klar geworden, daß er gegenüber der Sache des chinesischen Volkes äußerst loyal ist und daß seine Weisheit unvergleichlich ist. 2. In einem Zeitraum von zehn Jahren vom Sturz der "Viererbande" bis zum heutigen Tag haben die Chinesen aus eigener Erfahrung begriffen, daß Ansichten und Politik, die vom Genossen Deng Xiaoping erarbeitet wurden, in hohem Maße richtig sind. Er ist eine Person, die eine Schlüsselrolle gespielt hat. In gewisser Weise ist dieser zweite Grund wesentlicher als der erste. Deshalb wollen die Chinesen, daß er seine führende Position in Partei und Staat behält. Das ist natürlich verständlich."

Im Bereich der Außenpolitik stand das sino-sowjetische Verhältnis im Mittelpunkt der Fragen. Insbesondere ging es darum, ob die Sowjetunion "die chinesisch-sowjetischen Beziehungen wirklich verbessern möchte". Hu meinte dazu:

"Das ist schwer zu beurteilen. Es ist möglich, daß er (Gorbatschow) die Beziehungen wirklich verbessern möchte. Um jedoch die Beziehungen wirklich zu verbessern, ist es nötig, die drei Hindernisse zu beseitigen. Das Haupthindernis ist die Kambodscha-Frage. Das liegt daran, daß die Sowjetunion Vietnam unterstützt. Gäbe es die sowjetische Unterstützung nicht, wäre es für Vietnam unmöglich, den Krieg auch nur für ein Jahr fortzusetzen. Wir haben die Sowjetunion nicht vor ein schwieriges Problem gestellt, weil es sehr leicht gelöst werden kann. Zumindest ist es nicht schwierig, es zu lösen."

Ein zweiter Fragenkomplex bezog sich auf die Taiwan-Frage und die Modalitäten einer möglichen Wiedervereinigung. Diese Frage erscheine umso komplizierter, als auf Taiwan nur sehr wenige Leute daran interessiert seien. Hu meinte dazu:

"Sie sagen die Wahrheit und beschreiben die wirkliche Situation auf Taiwan. Aber ich möchte doch zwei Punkte hinzufügen, die auch zur wirklichen Situation gehören. Erstens kennt die große Mehrheit der Bevölkerung auf Taiwan wegen

der Nachrichtensperre der Behörden Taiwans die wirkliche Situation auf dem Festland nicht. Zweitens nimmt die Zahl der Menschen, die auf Taiwan für eine Wiedervereinigung sind, von Jahr zu Jahr zu. Deshalb bin ich zuversichtlich wegen der Wiedervereinigung Chinas. ... Nach der Wiedervereinigung wird Taiwan mehr Entscheidungsmacht haben als Hongkong, und es kann seine Streitkräfte behalten. Es ist unmöglich, noch großzügigere Bedingungen als diese zu bekommen, weil wir es sonst schwierig fänden, eine Übereinstimmung zu erzielen. Ein Zeitplan kann nicht aufgestellt werden, aber die Wiedervereinigung muß erreicht werden. Wir müssen die Wiedervereinigung erreichen, und das ist unser Zeitplan."

Auf die Frage, welche Rolle die Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang spielen könnten, ging Hu wie folgt ein:

"Was Ihre Regierung und öffentliche Persönlichkeiten tun können, so denke ich, daß sie viele Dinge tun können. Selbstverständlich möchten wir nicht, daß Ihre Regierung und öffentliche Persönlichkeiten Druck ausüben, um andere Menschen zu zwingen, dies oder das zu tun, die Bevölkerung von Taiwan eingeschlossen. Eine solche Situation wünschen wir nicht zu sehen. Beziehungen mit dem Ausland bedeuten nicht einfach, Hilfe zu leisten oder Druck auszuüben. Ich glaube, wir können viele andere wirkungsvollere Formen des Handelns finden." (SWB, 24.10.1986) -ma-

*(10)

Verfassung über Partei?

Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion um die demokratischen Rechte der Bevölkerung gehört der Beitrag des chinesischen Philosophen Wang Ruoshui insofern zu den bemerkenswerten, als er für chinesische Verhältnisse extrem weite Forderungen stellt. Wangs Kernsatz ist, "daß die Verfassung die höchste Autorität darstellt und daß die Partei sich der Verfassung unterordnen muß". Wang führte ferner aus: "Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, die Freiheit kreativer Arbeit und die akademische Freiheit sind Grundrechte der Bürger, die durch die chinesische Verfassung gewährt werden und unveräußerliche Freiheiten darstellen." Es gehe jedoch nicht nur um akademische Belange, sondern auch um politische im weiteren Sinn. "Die neue Verfassung wurde auf der Grundlage der Diskussion durch alle Menschen aufgestellt. Warum also soll es den Menschen nicht erlaubt sein, frei zu diskutieren? Die Freiheit der Rede sollte die

freie Diskussion politischer Angelegenheiten mit einschließen. Das ist ein Grundrecht unserer Bürger."

Die Forderungen nach allgemeiner politischer Diskussionsfreiheit werden aus Wangs Sicht durch die Ereignisse der letzten drei Jahrzehnte gerechtfertigt. "Die große Mehrheit der 'Kritik' der letzten 30 Jahre führte zu Dogmatismus, und es gab kaum richtige Kritik. Eine der grundlegenden Lektionen ist es, daß Verwaltungsführer vorschnell Urteile über akademische und ideologische Probleme fällten. Die Menschen neigten dazu, nur den Reden gewisser Führer Aufmerksamkeit zu schenken, und sie vergaßen die Verfassung. Das zeigt einen Mangel an Sinn für ein Rechtssystem." (SWB, 25.10.1986) -ma-

*(11)

Meinungsumfrage zum Reformkurs

Nach einer vom chinesischen Gewerkschaftsverband durchgeführten Meinungsumfrage "unterstützen mehr als 95% der chinesischen Arbeiter, Regierungsangestellten und akademischen Forscher die laufende Reform der Wirtschaftsstruktur des Landes". Die Meinungsumfrage erfolgte auf einer gesamtnationalen Basis und umfaßte insgesamt mehr als 600.000 Menschen verschiedenster Bereiche. Zwei Drittel der Befragten stimmten der Auffassung zu, daß die laufende Reform "China auf dem Weg zum Sozialismus chinesischer Art voran bringt" und daß dieser Weg zu einer "starken Nation mit wohlhabenderen Menschen führen" wird. Rund 15% der Befragten bewerteten die Reform als "Kapitalismus auf der Grundlage sozialistischer Prinzipien". 13% meinten, daß sie sich über die Natur der Reform nicht im klaren wären, "obwohl sie die Ergebnisse begrüßten". 2,6% der Befragten hielten die Reform "für mehr oder weniger das gleiche wie Kapitalismus".

70% der Befragten waren Industriearbeiter, 17% Angestellte und 13% Akademiker oder Freiberufler. Insgesamt wurden die Fragepersonen zu fünf Aspekten ihres Lebens befragt. Darunter waren Fragen zur gegenwärtigen Wirtschaftssituation, zur laufenden Reform und zu den Einkommen. Knapp die Hälfte der Befragten waren entweder Mitglied der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugendliga oder einer anderen politischen Partei. Die andere Hälfte gehörte zu keiner politischen Organisation.

Auch die Politik der wirtschaftlichen Öffnung nach außen wurde "von der großen Mehrheit als wichtig für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Art" bezeichnet und als "unerläßliche Voraussetzung"

für die Modernisierung des Landes bewertet. Knapp 3% der Befragten waren jedoch der Meinung, daß die Öffnungspolitik "das Wachstum der nationalen Industrie behindert habe".

Zum Gesamtstand der chinesischen Wirtschaft äußerten sich nur 15% ohne jeglichen Vorbehalt positiv. 82% der Befragten "hielten die wirtschaftliche Situation für gut, schränkten ihre Antworten jedoch ein. Einige meinten, daß eine Vielzahl von Problemen noch angegangen werden müsse, während andere das Empfinden hatten, daß das soziale Verhalten noch verbessert werden müsse." (XNA, 14.10.1986) -ma-

*(12)

Egalitarismus-Kritik

Das Phänomen des Egalitarismus stellt aus heutiger chinesischer Sicht "ein moralisches Konzept dar, das einer unsichtbaren psychologischen Kette gleichkommt, die aufgebrochen werden muß". Die Betonung des Egalitarismus habe "die Menschen moralisch verwirrt". Das habe zu schweren Beeinträchtigungen des wirtschaftlichen Lebens geführt.

Der Egalitarismus sei weitgehend als eine falsche Reaktion auf die traditionelle Wirtschaftsphilosophie des Landes zu erklären. In der Tradition sei der "gesellschaftliche Wohlstand auf der Grundlage des Bodens und der einfachen menschlichen Arbeit begrenzt" gewesen. Demgemäß "konzentrierten die Menschen ihre Aufmerksamkeit darauf, den Wohlstand aufzuteilen, statt ihn zu schaffen." Dementsprechend wurde die Gleichheit auch nach Gründung der Volksrepublik de facto zu einer "moralischen Norm, die die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt behinderte". Die Hauptschwäche des Egalitarismus als moralischer Norm liege darin, daß er "die Vereinbarkeit von Interessen zwischen Individuen, Kollektiven und dem Staat unter sozialistischen Bedingungen leugne". Tatsächlich jedoch sei "eine vernünftige Differenzierung bei der Verteilung" Voraussetzung für "die Schaffung gesellschaftlichen Wohlstandes durch Arbeit, Initiative und Kreativität". Dennoch gäbe es immer noch einige Gebiete, in denen die Dinge für diese Leute bewußt schwierig gemacht werden. Sie sind sogar gezwungen worden, ihren Gewinn an andere abzutreten. Diesem Phänomen muß ideologische Aufmerksamkeit geschenkt werden." (XNA, 3.10.1986) -ma-

*(13)

Rückblick auf Kulturrevolution

Zehn Jahre nach dem formalen Ende der Kulturrevolution (1976) haben sich frühere Rotgardisten, die heute den Reformkurs Chinas unterstützen, zur Rolle der Kulturrevolution in der jüngsten Geschichte Chinas erinnernd geäußert.

Von besonderem Interesse scheint die Tatsache, daß eine Reihe der ehemaligen Rotgardisten (so u.a. Chen Jiangong, 37 Jahre, Schriftsteller), die Kulturrevolution im nachhinein als eine Art "heilsamen Schocks" bewerten: "Es besteht keine Notwendigkeit, das, was geschehen ist, zu bereuen. Es mußte einfach geschehen." Der Schaden, den die Kulturrevolution angerichtet habe, habe das chinesische Volk gezwungen, "die Notwendigkeit zur Modernisierung zu erkennen". Chen weiter:

"Im Rückblick glaube ich, daß die Kulturrevolution ein Geschwür war, das früher oder später aufbrechen mußte, und es ist ein glücklicher Umstand, daß es aufbrach. Wäre das nicht geschehen, wäre China heute nicht so gesund wie es ist."

Chen, der 1966/68 zwei Jahre als Rotgardist agiert hatte, arbeitete seit 1968 in einem Bergwerk nahe Beijing. 1978 nahm er ein Studium auf.

"Jetzt als Schriftsteller schaffe ich Charaktere, die überlebten. Ich hoffe, daß meine Arbeit den Leuten hilft, den andauernden Einfluß des Feudalismus, der Chinas Modernisierung aufhält, zu erkennen."

Geschichtswissenschaftler sind heute der Ansicht, daß "die meisten der Rotgardisten aus dem Wunsch heraus handelten, ihre Hingabe an die revolutionäre Sache ihrer Eltern-Generation und ihre Loyalität gegenüber dem Vorsitzenden Mao Zedong zu beweisen. Der blinde Glaube habe sie aus den Schulen herausgeführt und sie dazu veranlaßt, alles zu zerstören, was sie als nicht proletarisch betrachteten".

Ein anderer früherer Rotgardist ist heute Eigner eines kleinen Restaurants mit einem Monatseinkommen von rund 3.000 Yuan. Er betrachte sich nicht "als Opfer des Schicksals" in der Art, wie es diejenigen waren, die in der Kulturrevolution leiden mußten:

"Vor 1982 war ich nicht in der Lage, ein Restaurant zu eröffnen. Ich war wie ein Doktor der traditionellen chinesischen Medizin, der den Puls der Kommunistischen Partei fühlte und darauf wartete, ob die neue Politik sich ändern würde. Die Diagnose war, daß die neue Politik, China stark und die Bevölkerung

wohlhabend zu machen, sich nicht ändern werde. Die Partei ist weiser aus der Kulturrevolution herausgekommen." (XNA, 14.10.1986) -ma-

*(14)

Recht auf Privatsphäre

In einem Kommentar vom 3. November 1986 spricht sich die chinesische "Arbeiterzeitung" (Gongren ribao) für eine stärkere Beachtung der Privatsphäre in der chinesischen Gesellschaft aus. Zwar sei das sog. "Recht auf Privatsphäre" ursprünglich ein westliches Konzept, aber dennoch "wäre es Zeit, das Konzept auch in China anzuwenden". Gemeint ist vor allem "das Recht, Privatangelegenheiten bedeckt zu halten, einschließlich des persönlichen Eigentums, des Familienlebens, der persönlichen Gefühle, des Gesundheitszustandes, seelischer und geistiger Empfindungen und religiöser Überzeugungen". Bisher habe sich die Vorstellung von einer jedem Einzelnen zustehenden Privatsphäre in China nicht durchsetzen können, weil dem "tief verwurzelte und engstirnige Vorstellungen der kleinbäuerlichen Wirtschaft und des Linksextremismus" entgegenstanden, die die "individuelle Freiheit und Würde ignoriert" haben. Im Rahmen der gegenwärtigen Reformentwicklung sei während der letzten Jahre eine entspanntere und freiere Atmosphäre in den Bereichen Politik, Kultur und Ideologie entstanden, so daß in Zukunft Vorstellungen von einer individuellen Privatsphäre eher zu verwirklichen seien.

Ein Unterschied zu westlichen Vorstellungen wird insofern gemacht, als das Recht auf Privatsphäre durch die Belange des "übergeordneten gesellschaftlichen Wohls" begrenzt wird. Andererseits heißt es, daß dann, wenn "das Recht auf Privatsphäre respektiert wird, die Menschen frei von psychologischem Druck sind, durch andere ständig beobachtet zu werden. Nur in einer solchen Umgebung kann ein Mensch seine gesamte Energie und seinen Einsatzwillen auf die Arbeit richten, seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft tragen und angemessene Beiträge für die Gesellschaft leisten." -ma-

*(15)

Krankenhäuser für traditionelle Medizin

Rund die Hälfte der gut 2.000 Kreise Chinas verfügt über ein Krankenhaus mit traditioneller chinesisch-medizinischer Ausrichtung. Führend auf diesem Gebiet sind die Provinzen Liaoning, Jilin, Heilongjiang und Jiangsu sowie Hubei und Hunan. Insgesamt belaufe sich die Zahl der Betten in traditionellen medizinischen Krankenhäusern des

Landes auf 6.400. Der Personalbestand liege bei 89.000. (XNA, 4.11.1986) -ma-

* (16)

Bettlerum

Nach einem Bericht der Shanghaier Monatszeitung Wenhui vom Oktober 1986 ist Bettelerei zu einem ständig wachsenden Phänomen der letzten Jahre in China geworden. Allein für die Stadt Guangzhou belief sich die Zahl der Bettler, die von den Behörden registriert wurden, 1985 auf 12.662. 1983 hatte ihre Zahl 10.858 betragen. In dem Artikel heißt es, daß vor den siebziger Jahren die Bettler "zumeist mittleren Alters oder hohen Alters waren", aber in jüngster Zeit "sind sie zumeist junge Leute". Unter ihnen befinden sich "die Nachkommen alter Bettler, Versehrte, uneheliche Kinder, solche, die von Zuhause oder aus zerbrochenen Familien fortgelaufen sind, Mittelschul- oder Hochschulaussteiger, entführte Kinder, solche, die eine Pilgerreise nach buddhistischen Schriften unternehmen oder eine Ausbildung in den Kampfkünsten suchen, solche, die aufsässig sind, und solche, die durch ungesunde und schädliche Literatur beeinflusst worden sind und Unsterblichkeit suchen. Sie alle sind das Ergebnis geschichtlicher Trägheit, und ihre geistige Haltung ist äußerst ungesund."

Große Städte wie Guangzhou, Shanghai, Jinan, oder auch die Provinzen Hunan und Shanxi haben "ihre eigenen Bettler-Königreiche". Diese als "Zigeunerstämme chinesischer Art" bezeichneten Gruppierungen "sind auf freiwilliger Basis organisiert. Sie befinden sich ständig in Bewegung, und sie hängen ständig zusammen. Jedesmal wenn sie zu Sammelpunkten gebracht und zu ihren Geburtsplätzen zurückgeschickt werden, fliehen sie sofort wieder hier oder dorthin in alle Richtungen der Gesellschaft. Die große Mehrheit unter ihnen führt ein Leben, bei dem sie nichts außer essen und schlafen tut."

Befragungen der Bettler nach ihrer geistigen Grundhaltung ergaben im Normalfall, daß "das Gesicht wertlos ist, warum also sich darüber Sorgen machen, es zu verlieren". Andere Grundaussagen waren, daß "es sinnlos sei, gegen das Schicksal zu kämpfen" bzw. daß "man im Leben soviel Freude wie möglich haben sollte".

Als Lösung des Bettlerproblems schlägt die Monatszeitschrift vor, daß man "den kriminellen Handlungen der Bettler einen schweren Schlag versetzen müsse". Die Grundlagen, auf denen "die Bettler ihre Existenz aufbauen, müssen

ausgelöscht werden". (SWB, 24.10.1986) -ma-

* (17)

Hohe Hochzeitskosten

Nach einem Untersuchungsbericht des chinesischen Frauenverbandes sind die Kosten für Hochzeitsfeierlichkeiten während der letzten sechs Jahre um ein Vielfaches gestiegen. Hauptursache hierfür "ist die alte Sitte, ländliche Hochzeiten so luxuriös wie möglich zu gestalten". Diese Gewohnheit bezeichnet der Verbandsbericht als "gesellschaftliche Verschmutzung".

1980 beliefen sich die Kosten einer Hochzeit im Durchschnitt auf 100 bis 130 Yuan. 1985 lagen sie im Durchschnitt zwischen 1.000 und 3.000 Yuan. Gebiete, in denen Hochzeiten mehr als 3.000 Yuan kosteten, beanspruchten 1980 nur 0,5% aller ländlichen Gebiete Chinas, 1985 hingegen 10,5%. Hauptgrund des Kostenanstiegs sind ständig steigende Forderungen der Familien der Braut an die zukünftigen Schwiegersöhne. Aufgrund dieser Entwicklung "ist die Zahl der Konfliktfälle zwischen Ehepaaren, erzwungener Hochzeiten, Selbstmorde und Morde stark angestiegen".

Auch in den städtischen Gebieten ist es zu einer gewissen Wiederbelebung alter Sitten gekommen; denn "die Hochzeitskosten haben sich auch in den Städten dramatisch erhöht". Ein Untersuchungsbericht über 100 Familien aus Tianjin zeigt, daß während der 60er Jahre ein Kostendurchschnitt von 670 Yuan erreicht wurde. In den 70er Jahren lag der Durchschnitt bereits bei 1.400 Yuan, und gegenwärtig ist ein Durchschnitt von 3.200 Yuan erreicht. Der Großteil des Geldes wurde für die Hochzeitsfeierlichkeiten selbst und für den Kauf von Möbeln und anderen Dingen ausgegeben. (XNA, 29.10.1986) -ma-

* (18)

Ausbildungskurse Stadtverwaltung

Im Rahmen von speziellen Ausbildungskursen für städtische Verwaltungsleiter sind bisher mehr als 300 Kräfte ausgebildet worden. Die betreffenden Kurse erstrecken sich über einen Zeitraum von viereinhalb Monaten. Im Durchschnitt nehmen rund 50 Teilnehmer an jedem Kurs teil. Die Kurse werden vom Ministerium für städtischen und ländlichen Aufbau und Umweltschutz organisiert. Zielpersonen sind vor allem Bürgermeister und Spitzenbeamte mit dem Aufgabenbereich Städtebau.

Wesentliche Kursinhalte sind die Bereiche Stadtverwaltung, städtische Wirtschaft, Wirtschaftsreform

und Stadtplanung. Unterrichtskräfte sind vor allem Spezialisten und Professoren aus Universitäten und Forschungseinrichtungen.

"Da Chinas Modernisierungsbemühungen einen deutlichen Mangel an modernen Verwaltungsbeamten aufgedeckt haben, scheinen die Ausbildungskurse eine Möglichkeit zu sein, das Problem zu lösen, zumindest für die Städte."

Dies gilt umso mehr, als Chinas Bürgermeister nicht direkt gewählt werden, sondern "durch die örtlichen Volkskongresse oder Behörden einer höheren Ebene ernannt" werden. Um Anwärter für ein solches Amt zu werden, "benötigt man weder Geld noch Kenntnisse in städtischen Angelegenheiten". Die mangelnde Qualifikation vieler Bürgermeister sei jedoch immer deutlicher geworden. "Die Bürgermeister sehen sich vielen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie einmal das Bürgermeisteramt übernommen haben." Einer der Teilnehmer: "Bevor ich an dem Ausbildungskurs teilnahm, habe ich mich immer mit Routineverwaltungsangelegenheiten beschäftigt. Jetzt ist mir klargeworden, daß ich mich auf wesentliche Entscheidungen konzentrieren muß, um die Stadt zu entwickeln." (XNA, 3.11.1986) -ma-

* (19)

Liu Bocheng verstorben

Am 7. Oktober 1986 verstarb Marschall Liu Bocheng im Alter von 94 Jahren. Liu Bocheng, der auch unter seinem Beinamen "einäugiger Drache" bekannt war, wurde in Anwesenheit von insgesamt mehr als 3.000 Beerdigungsteilnehmern bestattet. Unter den Teilnehmern befanden sich Deng Xiaoping, Zhao Zhiyang und Hu Yaobang sowie die Spitzen der Armee und 1.500 weitere Führer aus Partei, Staat und anderen Organisationen. Zeremonienmeister war Deng Xiaoping persönlich, da er über Jahrzehnte hinweg unter Liu gedient hatte und mit ihm eng verbunden war. Parteichef Hu Yaobang nannte Liu in seiner Eröffnungsrede einen großen Militärtheoretiker und "einen der Gründer der chinesischen Volksbefreiungsarmee". Liu war der Kommunistischen Partei Chinas bereits im Mai 1926 beigetreten. Er hatte am Aufstand von Nanchang 1927 teilgenommen. Von Ende 1927 bis 1930 studierte er in der Sowjetunion, und während des Langen Marsches 1934/35 war er einer der großen Führer. Während des anti-japanischen Krieges 1937/45 diente Deng Xiaoping unter Liu im Guerillakampf in Nordchina. Auch während des Bürgerkrieges 1946/49 spielte Liu eine entscheidende Rolle. Nach der Gründung der Volksrepublik wurde er Kommandant der Militär-

akademie der Volksbefreiungsarmee. 1955 wurde er zum Marschall der Volksrepublik Chinas ernannt. 1966 bis 1982 diente er als stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees der Partei. (XNA, 17.10.1986) -ma-

*(20)

Ye Jianying verstorben

Am 22.Oktober 1986 verstarb Marschall Ye Jianying im Alter von 90 Jahren. Ye war bereits seit einigen Jahren schwer erkrankt und seit September 1985 aus der politischen Arbeit des inneren Führungskreises der Kommunistischen Partei ausgeschieden.

Ye wurde als "großer proletarischer Revolutionär und Militärstrategie" gewürdigt. Er hatte sich bereits 1927 der Kommunistischen Partei angeschlossen und gehörte neben Mao Zedong und Zhou Enlai zu den großen Führungsgestalten Chinas. Während des Langen Marsches 1934 war er eine der entscheidenden Persönlichkeiten. 1975 hatte er das Verteidigungsministerium übernommen und 1978 bis 1983 den Vorsitz des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. Er war während dieser Zeit de facto das Staatsoberhaupt der Volksrepublik China. In den letzten Jahren hatte Ye zunehmend als Kritiker des gegenwärtigen Reformkurses gegolten. (XNA, 23.10.1986) -ma-

*(21)

Demokratievorstellungen

Ein längerer Artikel der Guangming Ribao vom 7.Oktober 1986 befaßt sich mit dem Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in der demokratischen Ordnung. Diese Frage wird als ein Grundproblem der Demokratie dargestellt. "Der ursprüngliche Sinn der Demokratie ist die Macht der Mehrheit ... Um genau zu sein, eine Reihe von Handlungen muß nach dem Prinzip vorgenommen werden, daß die Minderheit der Mehrheit untergeordnet ist. Unter normalen Bedingungen ist es unmöglich, ohne ein solches Prinzip Beschlüsse zu fassen."

Das Mehrheitsprinzip ist aus historischer Sicht fortschrittlicher als "die Gegenüberstellung einer einzelnen Person und der Massen sowie willkürliches Handeln". Entscheidungen der Mehrheit sind im Normalfall nicht nur "richtigere Entscheidungen". Sie können ihrer Natur nach mit geringerem Widerstand durchgeführt werden, und Fehlleistungen können schneller berichtet werden. Als Beispiel für eine solche Fehlentwicklung, die nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidungen nicht zustande gekommen wäre, erwähnt der Artikel die "Große Kulturrevolution", die "nicht in

Gang gesetzt" worden wäre, "wenn wir die Dinge strikt in Übereinstimmung mit dem Prinzip geregelt hätten, daß die Minderheit der Mehrheit untergeordnet ist."

Daß das Prinzip der Mehrheitsentscheidung bisher in China noch nicht gefestigt ist, wird auf die "lange Feudalgeschichte und geringe demokratische Tradition unseres Landes" zurückgeführt. So sei es nicht verwunderlich, daß viele Führungskader der Partei sich daran gewöhnt hätten, "willkürliche Entscheidungen zu treffen, obwohl sie das häufig mit den besten Absichten taten. Solche willkürlichen Entscheidungen werden durch die individuelle Arbeitsfähigkeit und durch andere Faktoren begrenzt. Sie führen dazu, daß Fehler gemacht werden, und sie führen zu größeren und kleineren Verlusten für Partei und Staat. Deshalb ist es immer noch eine wichtige Aufgabe, sich gegen willkürliche Entscheidungen durch Einzelne zu wenden."

Andererseits stellen "Minderheit und Mehrheit die Einheit von Gegensätzen" dar. Die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit verpflichte die Mehrheit jedoch, "die Minderheit zu schützen". Ein solcher Schutz der Minderheit beinhalte vor allem zwei Aspekte:

- 1. Die Mehrheit sei verpflichtet, abweichende Minderheitsansichten angemessen in Betracht zu ziehen und "die vernünftigen Teile dieser Ansichten zu akzeptieren".
- 2. Wenn eine Entscheidung offiziell auf der Grundlage "voller Diskussion" getroffen sei, dürfe sich die Mehrheit nicht gegen die Minderheit wenden, selbst wenn diese "weiterhin ihre Ansichten aufrechterhält". Vor allem dürfe es keine "Diskriminierung, Angriffe und Verfolgung geben". Das bedeute nicht, daß die Entscheidung nicht durch jedermann befolgt werden müsse. Die Minderheit dürfe ihrerseits nicht "äußerlich zustimmen, aber insgeheim Widerstand leisten".

Das Problem, wie Mehrheit und Minderheit sich gegenseitig behandeln, ist "seinem Wesen nach ein Problem der Demokratie". Ohne Mehrheitsprinzip sei Demokratie nicht möglich. "Ohne Prinzip des Minderheitenschutzes kann eine Demokratie nicht als vollständig betrachtet werden. Nur durch die Verbindung der beiden Prinzipien kann eine Demokratie als wirklich angesehen werden." -ma-

KULTUR

*

*

*(22)

Symposien über Mao Zedong

Im Oktober 1986 fanden zwei Symposien über Mao Zedongs Ideen mit Teilnehmern aus ganz China statt. Die eine der beiden Tagungen wurde in Chengdu abgehalten. Sie war von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der Zentralen Parteischule und der Sichuaner Akademie der Sozialwissenschaften organisiert worden. Die insgesamt 160 Teilnehmer waren Theoretiker verschiedener Schwerpunkteinrichtungen. Während der Tagung wurde eine nationale Gesellschaft zum Studium der philosophischen Ideen Mao Zedongs gegründet (RMRB, 10.10.86; XNA, 15.10.86). Die zweite Tagung fand in der Hauptstadt von Maos Heimatprovinz Hunan, Changsha, statt. Auch auf diesem Symposium, zu dem gut 150 Fachleute kamen, ging es um Maos Ideen. Veranstalter waren das Institut für Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die wissenschaftlich-technische Hochschule für Landesverteidigung und die Akademie der Sozialwissenschaften der Provinz Hunan. Die Entwicklung der Mao-Zedong-Ideen seit dem 3.Plenum (1978) bildete das Hauptthema, wobei sich die Diskussionen besonders um die Frage drehten, wie Maos Ideen zu behandeln und weiterzuentwickeln seien (RMRB, 17.10.86).

Nachdem in den vergangenen zehn Jahren seit Maos Tod die Politiker eine weitgehende Entmaosierung vollzogen haben, ist es nunmehr Aufgabe der Wissenschaftler, aus wissenschaftlich-theoretischer Sicht eine Neubewertung der Ideen Mao Zedongs vorzunehmen und aus kritischer Distanz das den heutigen Bedürfnissen Entsprechende vom unpassenden Gedankengut zu scheiden. -st-

*(23)

Mao Zedong-Studiengesellschaft

Im Oktober 1986 wurde eine sog. "Chinesische Gesellschaft zum Studium der Theorie und Praxis der Mao Zedong-Gedanken" gegründet. Präsident der neuen Gesellschaft ist Su Shaozhi, Direktor des Forschungsinstituts für Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Gedanken der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Die Gründung der Gesellschaft wurde während eines nationalen Seminars zu Mao Zedong-Gedanken in Changsha verkündet. Das Seminar wurde gemeinsam von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, der Na-